

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg, sowie sonstiger Staats- und Gemeindebehörden für den Amtsbezirk Frankenberg.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Kogberg sen. in Frankenberg i. Sa. Druck und Verlag von C. G. Kogberg, Frankenberg i. Sa.

Nr. 213

Montag den 13. September 1920 nachmittags

79. Jahrgang

Anmeldungen der Almosenempfänger und anderer armer Personen

zu der am Freitag den 17. September ds. Js. nachmittags von 2 bis 1/3 Uhr im Erdgeschoss Schloßstraße Nr. 12 bewirkt werden. Stadtamt Frankenberg, am 11. September 1920.

Schluß der Anzeigenannahme:

Für Familiennachrichten vormittags 9 Uhr des Erscheinungstages; für alle anderen Anzeigen am Abend vor dem Erscheinungstag.

Verlag des Frankenberger Tageblattes.

Frankreichs Furcht

Der Satz welchen das offizielle Frankreich uns entgegenbringt ist nicht nur, sondern den es auch in Latein umzusetzen bemüht ist, ist schwer zu verstehen. Die in Paris seit 1871 vorbereitete Revanche ist erungen, Deutschland ist niedergelämpft und zusammengedrückt, Elend-Lothringen ist wieder französischer Besitz geworden. Die von Frankreich verlangte hohe Kriegsschädigung ist allerdings von uns noch nicht gezahlt worden, aber nicht aus diesem Willen, sondern weil es uns am nötigsten fehlt, eine Last, die auch von England anerkannt worden ist. Warum uns also mit so starkem Satz verfolgen und jede Gelegenheit suchen, ihn zu verstärken? Hat es sich irgendwo verlehrt, oder ist es die verkappte Furcht. Und in der Tat haben sich nicht nur französische Zeitungen, sondern auch französische Minister zu dem Eingeständnis bequemt, die französische Republik mit ihren nur 40 Millionen Seelen sei vor den 60 Millionen Deutschen nicht sicher. Sie fordern deshalb nach dem Vorgange des Marschalls Foch offen oder versteckt eine erhöhte Sicherheit gegen den Rhein.

Furcht, Unsicherheit oder die daraus entspringende Begehrlichkeit nach fremdem Besitz hat sich bei den Regierungen in Paris besonders dann gezeigt, wenn sie ihre Macht im Innern schwächen wollten. Das war nach 1840 bei Louis Philippe und nach 1866 bei Napoleon dem III. Heute sollte aber die Regierung der Republik demoralisiert werden, das Gefühl von Schande erhaben sein, daß sie Deutschland mit einer Wunde der Gleichgültigkeit betrachten und sich wegen der Rheinfrage auf den Stand der Dinge verlassen könnte, der zur Zeit besteht. Aber sie empfindet, wie es scheint, das Bedürfnis, dem Volke zu zeigen, daß sie auf der Wacht ist, um in der Nation zu verpflanzen, daß ein dort vorhandenes Gefühl peinlicher Empfindung sich zu einer offenkundigen Nervosität auswaschen könnte. Es ist fessam, daß eine siegreiche Nation sich solchen Bestimmungen hingibt, die vor 1914 nicht bestanden, aber man wird kaum bestreiten können, daß sie wirklich vorhanden sind.

Die Franzosen nennen sich seit 1789 das in der Kultur am weitesten fortgeschrittene Volk der Erde. Das ist aber nur Schein, denn in Wahrheit haben die Franzosen jedem Fortschritt, der von außen zu ihnen kommt ablehnend gegenüber, sie halten in großer Zähigkeit an den Traditionen ihres Landes in Politik, Leben und Kultur fest. Viele deutsche Kleinstädte sind heute in ihrer Entwicklung weiter, als die französischen Mittelstädte, und eine deutsche Mittelstadt nimmt es mit französischen Großstädten auf. Kennzeichnend ist, daß das Wort für einen satten, selbstgefälligen Zeitgenossen aus dem Französischen entlehnt ist, der Bourgeois. Und das französische Volk ist heute noch ein Volk der Bourgeois, dem keine höhere Rente höher steht, wie moderne Fortentwicklung. So haben die sozialistischen Bestrebungen, und nun gar die kommunistisch-bolschewistischen Pläne in Frankreich sehr feste Anfeindung, und die Furcht, nach dem „siegreichen“ Weltkrieg die bolschewistische Plage auf den Hals zu bekommen, hat die peinliche Stimmung in der französischen Bevölkerung veranlaßt.

Nicht die Republik wagt in Paris, aber die Minister in Paris können damit zählen, daß ihre Lage vorbei sind, wenn sie nicht dem Bourgeois seine Rente zu schätzen wissen. Deshalb werden dort alle grundsätzlichen Steuerpläne zur Verbesserung der staatlichen Finanzen bei Seite geschoben, deshalb wird Deutschland gemacht, deshalb wird eine Sicherung am Rhein gegen den Bolschewismus verlangt. Die französische Republik braucht gar nichts zu fürchten, aber die Machtübernehmer fürchten für ihre Position und die Bevölkerung für ihr angenehmes Leben. Der Chauvinismus mag sich nach außen betätigen, aber zu Hause will man den sozialen Witzgeschick haben. Deshalb sollen wir daran glauben.

Eine Unterredung mit Hindenburg?

Berlin, 11. 9. Mehrere Berliner Blätter bringen unter dem Vorbehalt die Nachricht von einer Unterredung des Generalsfeldmarschalls v. Hindenburg mit dem Vertreter einer amerikanischen Nachrichtenagentur. In dieser Unterredung habe Hindenburg erklärt: „Es hat keinen Zweck, von der Möglichkeit eines neuen Krieges für Deutschland zu sprechen. Wir haben nicht einmal genug Truppen, um die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Es scheint so, als ob die Alliierten nicht wünschen, daß wir die Ordnung aufrechterhalten können. Deutschland würde Monate brauchen, um einen neuen Krieg vorzubereiten. Glauben Sie, daß die Franzosen während dieser Zeit mit den Händen in der Tasche zusehen? Trotz allem braucht Deutschland ein Heer. Bald wird Rußland vor unseren Toren im Osten stehen. Ich glaube, daß dies ebenso eine Angelegenheit Frankreichs wie Deutschlands ist. Es ist möglich, daß die Sowjetregierung aufrichtig in ihren Neutralitätsabsichten ist. Aber wenn sie es erreicht, in Deutschland dieselbe Regierungsform durchzuführen, die gegenwärtig in Rußland besteht, so würde sich der Bolschewismus sicher auch auf Frankreich ausbreiten.“ Hindenburg lehnte es ab, Erklärungen über Deutschlands innere Politik zu geben.

Wie Deutschland zahlen soll

Eine Note des Völkerbundes.

Paris, 11. 9. Der Brüsseler Finanzkonferenz wird eine Note des Völkerbundes vorliegen, in der ausgeführt wird, daß die französische Annahme zu Recht besteht, daß Deutschland in der Lage sei, eine Kriegsschädigung zu zahlen. Nach dem Budget für 1920 entfällt auf den Kopf des französischen Steuerzahlers eine Steuerleistung von 416 Francs, während auf den des deutschen Steuerzahlers 474 Mark entfallen. Wäre der Kurs der Mark gehoben, so würde zweifellos der deutsche Steuerzahler mehr zu zahlen haben als der französische. Da aber die Mark gegenwärtig kaum 30 Prozent ihres normalen Standes hat, zahlt der deutsche Steuerzahler offenbar weniger als der französische, was den Bestimmungen des Versailler Vertrages widerspricht, wo ausdrücklich hervorgehoben ist, daß die deutsche Steuerleistung niemals geringer sein dürfe, als die französische. Während die französische Regierung 40 Prozent der Einnahmen auszugeben verpflichtet ist, werden in Deutschland nur 23 Prozent für diese Zwecke verwendet. Während also auf den französischen Steuerzahler 6 Francs pro Kopf entfallen, entfallen in Deutschland nur 3,5 Mark auf ihn. Wenn demnach, so führt der Bericht an den Völkerbund aus, die beiden Staaten weiter in denselben Verhältnissen ihre Einnahmen ausgeben würden, so würde das Gleichgewicht im deutschen Haushalt in sieben Jahren, im französischen erst in zehn erreicht werden. Für die Deckung der Kriegsausgaben verwendet Frankreich gegenwärtig 198 Prozent, Deutschland nur 95 Prozent. Aus allen diesen Gründen schließen die französischen und amerikanischen Blätter, die diese Note an die Brüsseler Finanzkonferenz weitergeben, wäre Deutschland unbedingt in der Lage, jährlich wenigstens 15 Milliarden Kriegsschädigung an die Alliierten zu zahlen.

Die Stärke des deutschen Heeres

Berlin, 12. 9. Gegenüber den Behauptungen des „Welt Parfien“, daß Deutschland, obwohl es sogar 40 000 Mann Militär in Ostpreußen habe, die nach Ostpreußen übertretenen Russen nicht genügend bemache, ihre Rückkehr auf russisches und litauisches Gebiet und den Waffenverkauf an die Zivilbevölkerung nicht verhindern, und daß Deutschland noch eine Militärmacht von 200 000 Mann unterhalte, die wohl kaum bis 1. Oktober auf die vertragsmäßige Stärke von 150 000 Mann herabgesetzt werden könne, wird festgestellt, daß die Bewachung und der Abtransport der Russen ordnungsmäßig erfolgt, daß die Stärke der deutschen Militärmacht in Ostpreußen nur 15 000 Mann beträgt, und daß am 1. August 1920 der Gesamtbestand der Reichswehr nur 184 000 Mann betrug. Die Zahlen sind inzwischen weiter gesunken. Bis 1. Oktober wird die Herabänderung des Heeres auf 150 000 Mann erfolgt sein.

Keine unbeschränkte Erhöhung der Mieten

Ein Gesetzentwurf in Vorbereitung.

In der Presse wird vielfach Besorgnis geäußert, daß die bestehende Mieteraufhebungsgesetzgebung abgebaut und eine unbeschränkte Erhöhung der Mieten zugelassen werden soll. Dies trifft nicht zu. Eine behördliche Regelung der Mieten wird vielleicht noch lange notwendig sein, und es muß auch dafür gesorgt werden, daß auch in Zukunft eine Erhöhung der Mieten nur insoweit zugelassen wird, als zur Deckung erhöhter Aufwendungen des Hausbesitzers für Aufkosten und Vormalung, insbesondere für öffentliche Abgaben, Gebühren und Reparaturen notwendig sind. Demgemäß bereitet das Reichsarbeitsministerium einen Gesetzentwurf vor, welcher die Bemessung von Mieten regelt und eine unbedingte Erhöhung der Mieten auch für die Zukunft verbietet. Die Eingangsämter sollen auch in Zukunft bestehen bleiben und die Entscheidung über die Höhe der Mieten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen behalten.

Die Kohlenförderung in Belgien auf alter Höhe

Aus Brüssel wird gemeldet, daß die Kohlenförderung in den belgischen Bergwerken die alte Höhe wie vor dem Kriege erreicht hat. Nach dem Bericht des belgischen Kohlenamts wurden im Monat Juli 1911 490 Tonnen Kohle von 157 217 Grubenarbeitern, von denen 108 338 unter Tage arbeiten gefördert.

Belgien hat also im Juli 1920 genau dieselbe Förderung an Tonnage wie im gleichen Monat des Jahres 1913 aufzuweisen.

Trotzdem bekommt Belgien nach dem zwischen den Alliierten abgeschlossenen Übereinkommen monatlich 150 000 Tonnen Kohle von Deutschland. Der tiefe Sinn der Verträge von Versailles und Spa wird daraus jedem Unparteilichen klar werden.

Keine Untersuchung der Polengrenze

Berlin, 11. 9. Auf die Note der deutschen Regierung vom 4. d. M., in der unter Hinweis auf die von polnischer Seite begangenen Gewalttaten die Einsetzung einer neutralen Untersuchungskommission vorgeschlagen wurde, ist dem Präsidenten der deutschen Friedensdelegation in Paris nachstehende Antwort der Völkerbundkonferenz zugegangen: Sie haben der Konferenz am 4. d. M. eine Note der deutschen Regierung übermittelt, in der die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Ereignisse in Oberschlesien vorgeschlagen wird. Die Kommission soll sich aus Angehörigen von Mächten zusammensetzen, die nicht Signatarmächte des Vertrages von Versailles sind. Ich beehre mich, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die alliierten Mächte einstimmig der Ansicht sind, daß die Bildung einer derartigen Kommission sich nicht rechtfertigen läßt, und daß der Vorschlag Ihrer Regierung insoweit nicht angenommen werden kann.

Belgische Rückgabe von 7 Milliarden Reichsmark an Deutschland

Paris, 11. 9. Das „Echo de Paris“ meldet, daß die deutsche Vertretung demnach von Delacroix empfangen werden solle, um wegen der Rückzahlung von 7 Milliarden Reichsmark zu beraten, die sich seit den Tagen der deutschen Besetzung in Händen der belgischen Regierung befinden. Das belgische Blatt „Metropole“ erklärt, daß diese Milliarden an pari zurückgezahlt werden dürften unter der Bedingung, daß alle Deutschen, die vor dem Kriege in Antwerpen gemohnt haben, dorthin zurückkehren dürfen. Das „Echo de Paris“ glaubt, daß dies nicht richtig ist. Bereits in Spa sei zwischen Simons, Delacroix und Jaspas darüber beraten worden, wie die Milliarden zurückgezahlt werden sollen. Simons erklärt, es sei unmöglich, daß der deutsche Reichstag einem Übereinkommen seine Zustimmung geben werde, das Bergberger mit den belgischen Vertretern abgeschlossen habe. Deshalb sei in Spa entschieden worden, daß der deutsche Gesandte in Brüssel, Dr. Vandsberg, Verhandlungen mit dem belgischen Minister Jaspas einleite. Deutschland sei jetzt geneigt, die Mark an pari zurückzunehmen unter der Bedingung, daß alles in Belgien sequestrierte deutscher Besitz an Belgien zurückgegeben werde.

Nehmt der Jugend nicht den „Lehrer“

Oberstudienrat, Oberstudienrat, Studienrat, Studienassessor, Studienreferendar — so quillt es dem armen Sextaner durch den Kopf, der sich besonders unter den beiden letzten Titelungen durchs nicht vorstellen kann. Was ist das? Der Lehrer, bei dem er Latein hat, ist der Herr Studienrat, der ihm die Geheimnisse der Mathematik lehrt, der Herr Studienassessor, und der Lehrer, der ihm von unserer Geschichte erzählt und ihm die deutsche Muttersprache mit ihren Schriftsätzen näherbringt, ist der Herr Studienreferendar. Da möchte man sich beinahe fragen, ob ein hohes Kultusministerium sich über den Begriff „Lehrer“ einig ist. Der Lehrer und auch noch der alte „Oberlehrer“ sollen doch dem Schüler nicht nur Vorgesetzte, sondern auch Berater, Erzieher, Freund und, ich will hier das vielgeschmähte Wort anführen, Kamerad sein. Ein gewisses Zutrauen und Entgegenkommen soll zwischen beiden bestehen. Nun wird dem Schüler der Lehrer durch eine graue, hochtönende, fremde Titelwolke verhäßt und weiter entrückt. Zweifelsohne mit einem Herrn „Rat“ läßt sich für den Jungen, schwerer verlerren als mit keinem bis herigen „Lehrer“. — Und darf denn dann der Herr Studienrat mit seinen Jungen an den Spieltischen um die Wette über den Spielplatz stürmen? — Also das Angekommene, ein gewisses nahes Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler herzustellen. Mich freute es, daß, als ich kürzlich einige meiner alten Lehrer mit Herr „Studienrat“ anreden durfte, diese sagten: „Ach lassen Sie das sein.“ Woju also diesen blühenden, fremdländischen Ansturm. — Ganz abgesehen von der Lächerlichkeit, die es nach sich zieht in einer Zeit, in der wir Deutschen uns auf uns selbst besinnen sollen. Mein einfacher Unterrichtsverstand kann diese Verfügung nicht fassen. Nehmt der Jugend nicht den „Lehrer“.

Synode und Religionsunterricht

Von Schuldirektor D. Bahffnis (Reipzig)
Mitteil der nächsten Synode

Angesichts der Verworrenheit der Lage hat sich die sächsische Landesynode in ihrer ersten Sitzung veranlaßt gesehen, zur Frage des Religionsunterrichtes Stellung zu nehmen; sie hat gemeint, das den kirchlich geknüpften Eltern gegenüber schuldig zu sein. Sie hat sich zu dieser Stellungnahme durch die Beteiligung eines großen Teiles der Synodalkollegien gebührend gekümmert, der sich aus dem Inhalt des Religionsunterrichtes zu bestimmen muß und die „weltliche Schule“ im Gegenstoß zur Vorbereitung des Kultusministeriums vom 15. Mai ds. Js. auf eigene Hand einzuführen. Dieser Sachlage gegenüber ist es wohl verständlich, wenn von den Debatteurnern in der Synode Worte gebraucht wurden. Sie waren selbstverständlich nur an die

„So, nicht nur, sondern den es auch in Latein umzusetzen bemüht ist, ist schwer zu verstehen.“
„Was leidet das Reich für die Kriegsschuldigen und Kriegshinterbliebenen?“

297